

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

22. Oktober 2019

Gewerkschaftstag der IG Metall: Gemeinsam statt einsam!	4
Klimapolitik: Können die Arbeiter das Klima retten?	6
Gesundheitspolitik: Krankheit als Geschäft.....	7
Antifaschismus: Horst Seehofer, ein Brandstifter als Feuerwehr	8

Audi.Zukunft? – Arbeiter.Zukunft!

Einige Gedanken zur Plakataktion der IG Metall im Audi-Werk Ingolstadt. Welche Zukunft hat die Arbeit in Zeiten von Automatisierung und Dekarbonisierung?



Die IG Metall Ingolstadt und der Audi-Vertrauenskörper fahren mit einer Plakataktion zur Zukunft von Audi im Audi-Werk Ingolstadt auf. Es geht dabei vor allem um die Sicherung der Beschäftigung und der Berufsausbildung am Standort Ingolstadt. Auf der Facebook-Seite *IG Metall aktiv bei Audi* steht dazu: „Die Positionen der IG Metall in Sachen Audi.Zukunft sind klar. (...) Wir fordern ohne Wenn und Aber die Sicherung der Ausbildung am Standort Ingolstadt.“ Und an anderer Stelle heißt es: „(...) Wir fordern: Sicherheit für uns und unsere vier Ringe!“

Was Audi für Ingolstadt ist, das ist die Automobilindustrie insgesamt für die Bundesrepublik. Jedem ist bekannt, wie viele

Arbeits- und Ausbildungsplätze an dieser Industrie im ganzen Land hängen. Doch jetzt steht sie vor großen Umbrüchen und einschneidenden Veränderungen.

Bedrohen uns Digitalisierung ...

Mit dem *Job Futuromat* vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit kann man die Automatisierbarkeit unterschiedlicher Berufe errechnen. Für einige der wichtigsten Berufe in der Automobilindustrie, in denen Audi auch am Standort Ingolstadt ausbildet, ergibt sich, dass 70 bis 100 Prozent der Tätigkeiten dieser Arbeiter schon heute von Robotern übernommen werden könnten. Das heißt natürlich nicht, dass

alle diese Berufe in einigen Jahren ganz verschwinden werden, doch es ist damit zu rechnen, dass zukünftig viel weniger Menschen in diesen Berufen arbeiten werden als heute.

... und andere Techniken ...

Die Produktion von Autos mit Elektroantrieb braucht viel weniger Arbeitskräfte als die Herstellung von Autos mit Verbrennungsmotor. „Elektromobilität kostet bis 2030 fast 125.000 Jobs“, so berichtete z. B. *Die Welt* am 29. September 2019. Und da sind auch die Jobs schon abgezogen, die neu entstehen.

Lesen Sie weiter auf Seite 2 ►

► Fortsetzung von Seite 1

Audi.Zukunft? – Arbeiter. Zukunft!

Aus der Kombination von voranschreitender Automatisierung und Dekarbonisierung werden sich gravierende Folgen für die Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Automobilindustrie ergeben.

Auch bei Audi in Ingolstadt, wo inzwischen auch schon über Stellenabbau gesprochen wird, wird diese Entwicklung nicht ausbleiben.

...oder der Drang nach Profit des Kapitals?

Ist es die Weiterentwicklung der Technik, die die Existenz von Hunderttausenden Arbeitern und Auszubildenden bedroht? Man sollte doch meinen, die Weiterentwicklung der Maschinen sei eine äußerst nützliche Angelegenheit für alle Arbeiter, die so viel weniger Arbeitszeit aufbringen müssten, und ihre Arbeit erleichtern würden, um für sich und die ganze Gesellschaft alle notwendigen Güter herzustellen. Aber allein so ein Gedanke bringt die Autokapitalisten und mit ihnen alle anderen zum Aufjaulen. Es sind schließlich ihre Maschinen, deren alleiniger Zweck es ist, dass mit ihnen Profit erarbeitet werden soll.

Doch warum sollen wir uns immer weiter ducken und immerzu nach der Pfeife der Kapitalisten tanzen? Erinnern wir sie doch einmal an die Milliarden an Profit, die sie aus den Knochen und Hirnen der Ge-

nerationen gezogen haben! Erinnern wir sie an die zig Milliarden an Steuergeldern, abgezogen vom Arbeiterlohn, die ihnen zu Füßen gelegt worden sind, damit sie so groß und mächtig werden konnten! Milliarden, ausgegeben und uns abgeknöpft, für eine Verkehrspolitik ganz im Sinne der Automobilfürsten.

Die Kapitalisten sollen zahlen!

Für Aus- und Weiterbildung, in der die modernste Technik vermittelt wird! Für eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit für alle Arbeiter! Arbeitszeitverkürzung, bei vollem Lohnausgleich, statt Stellenstreichungen! Das ist die Antwort, die unsere Gewerkschaft, die IG Metall, auf den bevorstehenden Abbau von Arbeitsplätzen geben muss, anstatt sich mit allerlei „Wahloptionen“ den Flexibilisierungswünschen des Kapitals zu beugen. Es liegt an uns, an jedem einzelnen IGM-Mitglied, für diese Position in den Reihen unserer Gewerkschaft zu kämpfen!

Fromme Appelle, wie sie die IG Metall-Führung immer wieder formuliert, dass die Veränderungen in der Industrie nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen dürfen, werden das Kapital nicht beeindrucken. Das geht nur mit Streik! Doch den müssen wir uns auch in unserer Gewerkschaft erkämpfen. Wir brauchen die

IG Metall als Kampforganisation unserer Klasse! Und nicht als „Sozialpartner“ der Kapitalisten! Ohne Wenn und Aber!

Zukunft der Arbeiter oder Zukunft der Fabrikbesitzer?

Auf der Audi-Betriebsversammlung am 9. Oktober verkündete der erste Bevollmächtigte der IG Metall in Ingolstadt, Bernhard Stiedl: „Wir wollen aus dem technischen Fortschritt auch einen sozialen Fortschritt für die Menschen machen.“ Wahre Worte, die Kollege Stiedl da spricht. Es geht um nicht weniger als um die Frage, ob die Anwendung moderner Technik uns Arbeiterinnen und Arbeitern nützt und so auch die ganze Gesellschaft weiterbringt oder ob sie nur den Profit der Kapitalisten vermehrt. Doch diese Frage wird nicht mit schönen Podiumsreden und bunten Plakaten, sondern nur durch den Kampf unserer Klasse entschieden! Und das erfordert auch die Bereitschaft und den Mut, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse nicht einfach als angeblich unüberwindbar hinzunehmen, sondern in Frage zu stellen, weil diese Verhältnisse dem sozialen Fortschritt immer wieder im Wege stehen werden!

Auf der Betriebsversammlung führte Kollege Stiedl weiter aus: „Und wir wollen den ökologischen Wandel so gestalten, dass er die Gesellschaft voranbringt und nicht spaltet.“ Hier müssen wir ihm widersprechen. Die Gesellschaft, in der wir leben, ist mit oder ohne ökologischen



Wandel schon jetzt tief gespalten. Auf der einen Seite stehen wir Arbeiterinnen und Arbeiter und auf der anderen Seite stehen die Eigentümer der Fabriken, in denen wir uns jeden Tag den Buckel für ihren Profit krumm machen müssen!

Diese Spaltung wird auch nicht dadurch zugedeckt, dass wir angeblich alle – egal ob Arbeiter oder Kapitalisten – „Audianer“ wären, wie auf einem der Plakate behauptet wird. Wir alle sind Arbeiterinnen und Arbeiter, mit gemeinsamen Interessen, die

wir nur gegen die Fabrikbesitzer durchsetzen können! Egal ob bei Audi, VW, Mercedes oder BMW!

Und deshalb kann die Frage auch nur so gestellt werden: **Die** oder **Wir!**

■ ma/gr

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Vor gut einer Woche las ich, dass die IG Metall die Verhandlungen um eine Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit in den ostdeutschen Bundesländern für gescheitert erklärt hatte. Während im Westen seit 1996 die 35-Stunden-Woche gilt, arbeiten die Kolleginnen und Kollegen in Zwickau, Leipzig und Berlin weiterhin jede Woche drei Stunden mehr. Aufs Jahr gesehen arbeiten sie quasi den kompletten Dezember für lau.

Natürlich hat es mich nicht wirklich gewundert, dass die Arbeitgeber der Angleichung nicht am Verhandlungstisch zustimmten. Da braucht es dann wohl doch etwas mehr Druck ... Enttäuschend ist es aber doch. Der eine oder andere wird sich jetzt sicher fragen: „Was gehen mich die Arbeitszeiten in Thüringen und Brandenburg an?“

In jedem der letzten Tarifkämpfe mussten wir uns anhören, dass wir doch viel zu teuer seien. Wir sollten mal gucken, wie günstig die Kollegen im Osten oder gar in Mexiko seien. Wir sollten auf Lohn verzichten oder länger arbeiten, sonst müsse man die Produktion oder Entwicklung nach Ungarn oder Leipzig verlagern.

Das wird erst aufhören, wenn wir es gemeinsam schaffen, die Arbeitsbedingungen anzugleichen. Aber nach oben und nicht nach unten.

Wenn wir in den nächsten Jahren ernsthaft für Lohnerhöhung, zusätzlichen Urlaub oder gar die 30-Stunden-Woche kämpfen wollen, dann müssen wir es zuerst schaffen, dass in ganz Deutschland die 35 Stunden wirksam sind. Solidarität heißt nicht nur „Ich unterstütze dich in deinem Kampf!“ Solidarität heißt: „Dein Kampf ist auch unser Kampf!“

Im kommenden Jahr sind wieder Tarifverhandlungen. Diese sollten wir nutzen, um solidarisch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in MeckPomm und Brandenburg, in Thüringen und Berlin und in Sachsen und Sachsen-Anhalt für gleiche und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Vielen Dank

(Rede eines IG-Metall-Vertrauensmannes in der Technischen Entwicklung bei Audi Ingolstadt.)

Der „BMW-Weg“: Mehr Arbeit und weniger Lohn

Der neue Chef Zipse steigt kräftig auf die Bremse. Auf der Betriebsversammlung im September wurde ein Sparkurs verkündet. Und der geht so:

Die Leiharbeiter werden abgebaut, die Abmeldungen haben begonnen. Die „Festis“ müssen mehr arbeiten, weil das Volumen gleich bleibt. 40-Stunden-Verträge werden teilweise auf 35 Stunden gekürzt. Das macht ein Achtel weniger bezahlte Arbeitszeit aus bei gleichbleibender Belastung.

Die so genannte Gewinnbeteiligung ist zur Zeit mehr als doppelt so hoch wie beim Konkurrenten Daimler. Die wird heruntergesetzt. Das kommt einer Lohnkürzung gleich, denn der Bonus wird ja aus dem erarbeiteten Profit bezahlt. Von Betriebsrat und Management wurde das Sparpaket einhellig als „BMW-Weg“ bezeichnet. (Süddeutsche Zeitung, 27. September 2019) krn

- Ich will die ~~Auf Draht~~ gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München



Gemeinsam statt einsam!

Der Häuserkampf für die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Elektroindustrie Ost wird aufgenommen.

Das hat jedenfalls der für die IG-Metall-Tarif-Bezirke Berlin, Brandenburg und Sachsen zuständige Bezirksleiter Oliver Hövel am 30. September 2019 gegenüber der Presse erklärt. Nachdem in der Vorwoche bei 15- und 10-stündigen Gesprächsterminen keine Einigung mit den Kapitalverbänden möglich war, werde

denen gefordert wird: Die Auseinandersetzung mit dem Kapital für die 35 im Osten ist kurzfristig zum gemeinsamen Kampf der gesamten IG Metall zu machen.

Der Gewerkschaftstag hat einen nicht ganz in diese Richtung gehenden Antrag mit der Forderung beschlossen: Die IG Metall startet eine arbeitszeitpolitische

für die kampfbewusste Durchsetzung der 30- oder 28-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich gefordert.

Was hierbei kurzfristige Initiativen und Kampagnen angeht, hat der IG Metall-Vorstand unter der Überschrift „IG Metall: Arbeitszeiten für die Zukunft!“ vom Gewerkschaftstag beschließen lassen: „Die IG Metall wird Arbeitszeit als eines ihrer Schwerpunktthemen in den nächsten vier Jahren – auch im Rahmen der Arbeitszeitkampagne – fortführen.“

Und für die Frage nach kollektiver Arbeitszeitverkürzung heißt es: „Auch die Verkürzung von Arbeitszeiten, damit Beschäftigung sicherer wird, kann in Zukunft wieder eine entscheidende Rolle spielen.“

Es ist davon auszugehen, dass der IGM-Vorstand die Zukunft hierbei frühestens in 4 Jahren – 2023 – anpeilt. Dann ist der nächste IG Metall-Gewerkschaftstag, voraussichtlich ebenfalls im Oktober. Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche (1. Oktober 1995) wird dann 28 Jahre her sein, ohne dass von der IGM eine Forderung nach kollektiver Arbeitszeitverkürzung gestellt wurde. Es sei denn, die Delegierten des Gewerkschaftstages sorgen vor allem in den Betrieben, bei Betriebsräten, Vertrauensleuten und IGM-Geschäftsstellen mit entsprechenden Forderungen für den notwendigen Druck. ■ LJ

Redebeitrag Günter T. auf dem Gewerkschaftstag:

„Wir sollten uns wieder klar gesellschaftspolitisch positionieren und uns nicht freuen, wenn einer von unseren Großkopfern vom Kapital geknutscht wird. Wir müssen wieder die Sprache unserer Mitglieder sprechen. Wer hat denn #FairWandel verstanden? Wir müssen eine vernünftige Bündnispolitik machen wie bei der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche. Damals hatten wir die Kirchen und viele andere gesellschaftliche Gruppen auf unserer Seite. Wir dürfen uns bei wichtigen politischen Auseinandersetzungen nicht um klare Positionen drücken. In Gefahr und großer Not bringt der Mittelweg den Tod. Ich danke für die Aufmerksamkeit.“

die IG Metall „Betrieb für Betrieb die Arbeitszeitverkürzung angehen“. Den damit beabsichtigten Häuserkampf hat der IG Metall-Gewerkschaftstag in Nürnberg am 11. Oktober mit einer entsprechenden Formulierung im Leitantrag L4 zur Arbeitszeit- und Leistungs politik und seiner Annahme abgesegnet. Wir haben in dem Zusammenhang in der September-Ausgabe der Auf Draht über die Anträge von sechs IG Metall-Geschäftsstellen berichtet, in

Initiative, die die tarifpolitischen Möglichkeiten weiterer Arbeitszeitverkürzung und die Durchsetzung einer bundesweit einheitlichen Wochenarbeitszeit von 35 Stunden in allen Organisationsbereichen der IG Metall zum Ziel hat. Der Antrag wurde dem Leitantrag L4 des IG Metall-Vorstands als Material zugeordnet. So oder ähnlich ist es den Anträgen aus zehn IG Metall-Geschäftsstellen ergangen. In allen werden kurzfristige Arbeitszeitkampagnen



Redebeitrag Tobias S. auf dem Gewerkschaftstag:

„Wir müssen versuchen, die Kollegen zu aktivieren, selbst wieder Kämpfe zu führen. Denn nur, wenn die Kollegen ihr Selbstbewusstsein wiederbekommen und aktiv werden, können sie die Probleme der Zeit wirklich angehen und einer Lösung zuführen. Das heißt auch: Weg von der Sozialpartnerschaft! Nicht mit der Unternehmensleitung klüngeln, nicht mit den Arbeitgeberverbänden klüngeln, sondern wirklich bei den Kollegen sein und gemeinsame Kämpfe führen. Das heißt, wir müssen die IG Metall wieder zu einer Kampforganisation machen, die einig, solidarisch und aktiv die Probleme der Zeit löst. Denn bei der Politik der Unternehmen – egal, ob Kriege oder Krisen oder auch der aufkommende Faschismus – kriegen wir das nur hin, wenn wir geeint nach vorne gehen und nicht jeder in seinem eigenen Betrieb und in seiner eigenen Region seine eigene Politik macht ...“



Können die Arbeiter das Klima retten?

Die Bewegung „Fridays for Future“ (FFF) mobilisierte 40.000 Menschen auf den Königsplatz. Schüler überwiegend, viele Ältere. Gewerkschafter waren dem Anschein nach nicht organisiert vertreten.



Die große Zahl ist gut. Angesichts der Massen, die für den Klimaschutz auf die Straßen gehen, ist das Aussitzen vorbei. Das Klimakabinett lieferte eine Lachnummer. Die Beschlüsse tun dem Kapital nicht weh, ja eröffnen neue Profitquellen. In steigendem Maße werden aber die ärmeren Schichten des Volkes in Zukunft belastet werden.

Nützt die große Zahl allein? Die Arbeiter und Angestellten finden sich in dem Medienhype von Greta bis CO₂ nur als Zahler: Benzin, Heizen, Lebensmittel werden mit einer Steuer belastet, die zu Verzicht zwingen soll. Der Konsument soll's richten. Oder müssen die Arbeiter noch dazu um ihre Jobs fürchten? Stichwort E-Mobilität. Die Autokonzerne behaupten, damit das Klima zu retten. Was 125.000 Arbeitsplätze kosten soll. (Siehe Artikel zu Audi.)

Dabei könnten die Arbeiter und Angestellten als Produzenten allen Reichtums in diesem Land eine ganz andere Rolle spielen! Denn sie haben allen Teilen des Volkes eines voraus: Sie können nicht nur demonstrieren, sie können ihre Arbeitskraft zurückhalten und die Klimakiller empfindlich treffen. Sie können streiken!

Die Bänder, an denen sie schrauben, die Maschinen, die sie bedienen, die Büros,

in denen sie denken, sind eine Ballung gesellschaftlicher Produktion. Doch die Eigentümer, letztlich die großen Konzerne, entscheiden, was und wie produziert wird. Deren Richtlinien sind nicht Erhaltung der Natur und Weiterentwicklung des Menschen, sondern einzig der Maximalprofit.

Nach dem gewiss populären Verbot von Plastiktüten ist eine ernstzunehmende Forderung die nach radikaler Umstellung des Verkehrssystems. Auch FFF fordert das.

Karl Marx, Das Kapital, 1867:

Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquelle alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.

Doch die Forderung geht ins Leere, besser gesagt in das bodenlose Fass der Profitgier. Ein Kapitalist, der von solchen ökologischen Ideen beflügelt ist und beginnt, Lokomotiven bauen zu lassen, ist bald pleite. (Obwohl die Münchner S-Bahn zu wenig Züge hat.) Denn es fehlen die nötigen gesellschaftlichen Grundlagen, die Produktion nach den Bedürfnissen der Gesellschaft zu steuern. Die Oligarchen, die Herrschenden in diesem Land, die Porsches (VW) und Quandt-Erben (BMW), die Siemens und die anderen etwa 200

superreichen Familien können es nicht. Sie haben nur den Maximalprofit im Kopf.

Wenn die Klimaveränderungen auch nur halb so gravierend sind, wie von den Wissenschaftlern, auf die sich FFF beruft, vorausgesehen, wird eine Abwendung der Folgen ohne gesamtgesellschaftliche Planung der Produktion nicht zu haben sein. Es wird die Enteignung der Konzerne notwendig sein, um planvoll und vernünftig, im Einklang mit der Natur die

gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Enteignung? Wie geht es dann weiter? Die Arbeiterklasse weiß mit den Fabriken, Computern und Verkehrsmitteln seit langem umzugehen!

Um das zu stemmen, müssen zur großen Zahl der Schüler, Studenten, Wissenschaftler die Arbeiter als Produzenten stoßen. Wenn die große Zahl durch gemeinsamen Willen vereint ist, kann der Weg beschritten werden zu einer solidarischen Gesellschaft – ohne Ausbeutung der Natur und des Menschen. ■krn

Krankheit als Geschäft

Krankheit ist ein Riesengeschäft. Es geht um einen Markt von ca. 350 Milliarden Euro – mehr als 10 Prozent des Bruttoinlandprodukts von 3.340 Milliarden Euro!

Für das Kapital ist das Gesundheitssystem einerseits ein Riesemarkt zur Kapitalvermehrung, andererseits sind es Kosten zur Wiederherstellung der Arbeitskraft, die es wie den Lohn möglichst niedrig halten will. Die Arbeiterklasse muss sich im Klassenkampf ein menschengerechtes Gesundheitswesen erstreiten. Der Staat der herrschenden Klasse hat die Aufgabe, diesen Klassenkampf möglichst geräuschlos und kostengünstig in systemerhaltende Bahnen zu lenken. Wenn der Druck der Kapitalseite auf den Widerstand der Arbeitsseite stößt und die üblichen Integrationsmittel den Widerstand nicht weicklopfen, entstehen Risse im System, wie sie aktuell im hiesigen Gesundheitswesen sichtbar werden. Der *Stern* erschien am 5. September mit dem „Ärzte-Appell“ auf der Titelseite und scheint Vorkämpfer werden zu wollen: Der Appell greift die skandalösen Zustände an, wie es schon die vielen lokalen Initiativen von der Berliner Charité bis zur bayrischen Initiative für den Volksentscheid vorgemacht haben: Die infamen Fallpauschalen, die Ökonomisierung und Planlosigkeit des Gesundheitswesens. Ausgerechnet der *Stern*?

Bei Wikipedia lesen wir: „Das Magazin wird vom Hamburger Verlagshaus Gruner + Jahr, einem Unternehmen der Bertelsmann Media Group herausgegeben ... Der *Stern* wird unter Journalisten seit langem als eines der deutschsprachigen Leitmedien eingestuft, denen die Funktion zukommt, gesellschaftliche Kommunikation und Öffentlichkeit zu gestalten und zu prägen.“

Dem ist nicht zu widersprechen. Der Milliardärs-Clan um Bertelsmann-Erbin Elisabeth „Liz“ Mohn hat das Geschäftsmodell entwickelt, Vorarbeit zu leisten für den Staat: In ihrer Bertelsmann-Stiftung lassen sie in mehr oder weniger öffentlichen Gesprächskreisen der herrschenden Eliten ausloten, was die öffentliche Meinung sein soll, die sie dann Zielgruppen genau mit den Bertelsmann-Medien bis hin zu RTL 2 „gestalten und prägen“. Das hat bei der Agenda 2010 gut geklappt. Schröders Kanzleramtsminister und Agenda-Architekt Steinmeier hat als Scharnier zu Bertelsmann gut funktioniert. Er ist nicht zuletzt dafür mit dem Posten Bundespräsident belohnt worden. Und „Liz“ Mohn konnte ein paar Milliarden in die Mohn'sche Familien-Kasse lenken.

Warum sponsert Bertelsmann nun den „Ärzte-Appell“? Die „Reform“ des Gesundheitswesens im Rahmen der Agenda



2010 ist gescheitert. Widerstand formiert sich und konsolidiert sich, statt sich integrieren zu lassen. Die „gesellschaftliche Kommunikation“ droht der Kontrolle der Herrschenden zu entgleiten und muss nun energisch „gestaltet und geprägt“ werden.

Bertelsmann ist nicht etwa der kapitalistische Mastermind, der die Politik lenkt, sondern eines der vielen Vermittlungsorgane zwischen den Kapitalinteressen, die um Einfluss auf politische Entscheidungen kämpfen. Der Stern-Ärzte-Appell soll also jetzt die öffentliche Kommunikation der Akteure „prägen“, die die Misere im Gesundheitswesen nicht mehr hinnehmen wollen: Millionen geschundene Patienten und hundertausende ausgepowerte Gesundheitsarbeiterinnen und -arbeiter sowie ihre Familien.

Wer nicht sehen will, dass die katastrophalen Zustände im Gesundheitssystem nicht dessen spezieller Fehler im System sind, sondern dass der Fehler im Kapitalismus selbst liegt, wird sich erfahrungsgemäß, wie bei den Hartz-Gesetzen, von der Gegenseite einwickeln und verströten lassen: Die Tür zu dieser Falle wird gerade weit aufgemacht von Bertelsmanns *Stern* für die Propheten der Sozialpartnerschaft, die das Glück in der Zusammenarbeit mit der Kapitalseite suchen.

■ Stefan Müller

Zu dem Thema gibt es derzeit eine Artikelserie in der UZ – Zeitung der DKP: „Krankheit als Geschäft“

Gruppenabende der DKP

- Gruppe Nord-West Egelhofer
23. Oktober | 19 Uhr
- Gruppe Süd-Ost Olga Benario
30. Oktober | 19 Uhr
- Gruppe Nord-West Egelhofer
6. November | 19 Uhr
- Gruppe Süd-Ost Olga Benario
13. November | 19 Uhr
- Gruppe Nord-West Egelhofer
20. November | 19 Uhr
- Gruppe Süd-Ost Olga Benario
27. November | 19 Uhr

Spielenachmittag

Ob Pandemie oder Kniffel, Schafkopf oder HalliGalli, Siedler oder MauMau, ganz egal. Packt eure Freunde ein und bringt euer Lieblingsspiel mit oder lasst euch überraschen, was wir so da haben. Wir freuen uns auf euch!

17. November | 15. Dezember
immer 16 bis 20 Uhr

KommTreff | Holzapfelstr. 3 | 80339 München

AufDraht

Herausgeber:

DKP München und Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München
Mail: Auf.Draht@gmx.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Brandstifter als Feuerwehr

Horst Seehofer und sein „Nie wieder!“ Noch mehr Befugnisse für Polizei und Verfassungsschutz, mehr Zugriff auf das Internet und weitere Gesetzesverschärfungen.

Wer am 11. Oktober 2019, nach dem faschistischen Anschlag auf die jüdische Gemeinde in Halle, im ZDF die Sendung „Und nun, Herr Seehofer?“ angeschaut hat, der konnte sich nur die Augen reiben. Die Bundesrepublik Deutschland habe nach 1945 den „historischen Schwur ‚Nie wieder!‘“ abgelegt, behauptete der Innenminister. Dieses „Nie wieder“ müsse nun wieder in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden.

Wie bitte? Wo hat denn dieser Staat, in dem in allen Bereichen – Wirtschaft, Justiz, Militär, Geheimdienst, Polizei, Hochschulen – nach 1945 wieder die alten Nazis saßen, den Schwur „Nie wieder!“ abgelegt?

Verfolgt, wer „Nie wieder!“ ernst nahm

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Das war der Schwur der Überlebenden des KZ von Buchenwald. Diejenigen, die ihn ernst nahmen und Anfang der 1950er Jahre gegen die Remilitarisierung der BRD kämpften, wurden von den Staatsorganen der BRD bekämpft, die FDJ (Freie Deutsche Jugend) und die KPD verboten. Eine Organisation wie die VVN/BdA, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen, wird bis heute vom bayerischen Verfassungsschutz als „linksextrem beeinflusst“ beobachtet.

Es war der Schwur derjenigen, die sich in der Sowjetischen Besatzungszone daran machten, ihn in die Tat umzusetzen, die die Kriegsverbrecher enteigneten und bestrafen, jede faschistische Betätigung und Propaganda verfolgten. Sie werden seit Einverleibung der DDR als Verbrecher gebrandmarkt, die DDR als Unrechtsstaat betitelt und in die Nähe des Hitlerfaschismus gerückt.

Gleichzeitig konnten sich ungehindert so alle möglichen Faschisten aus dem Westen in der einverleibten DDR tummeln, saß der sog. Verfassungsschutz in den

Führungsgremien der NPD und baute sie so mit auf; war im Umfeld des rechtsextremen Thüringer Heimatschutzes und des NSU zu finden, ohne dass er irgendetwas verhindert hätte. Ganz im Gegenteil.

Unzählige Straßen, benannt nach Antifaschisten wurden im Osten umbenannt, nur weil diese Antifaschisten auch Kommunisten waren, wurden antifaschistische Denkmäler entfernt – Aufwind für allerlei Faschisten.

Ein Franz Josef Strauß, CSU, vielfältiger Minister in der BRD und langjähriger Ministerpräsident in Bayern, bleibt dagegen mit dem Namen des Münchner Flughafens verewigt. Dass er u. a. schon in den 1960er Jahren der Meinung war, dass ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hatte, ein Recht habe, von Ausschwitz nichts mehr hören zu wollen, stört offensichtlich nicht. Keine Verharmlosung der unfassbaren Verbrechen an den Juden?



Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) neben Dieter Romann (v. l. n. r.), Chef der Bundespolizei, BKA-Chef Holger Münch, BND-Präsident Bruno Kahl und BfV-Chef Thomas Haldenwang (Berlin, 10. September 2019)

War da nicht was, Herr Seehofer?

Und überhaupt: Wer hat denn seit 2015 nationalistische und rassistische Hetze noch mal in unglaublichem Maße geschürt, in dem hierher flüchtende Menschen permanent als Gefahr hingestellt worden sind und werden? Wer entfachte denn von neuem das Geschrei um eine deutsche Leitkultur, schrieb sie sogar in einem Gesetz fest? Wer trieb ein Gesetz nach dem anderen voran, die die Rechtlosigkeit durch Willkürparagrafen zum Inhalt

haben? Die Rechtlosigkeit von Menschen aus anderen Ländern, die in Asylslagern zusammengewerfert oder in Kriegsgebiete abgeschoben werden. Die Rechtlosigkeit von uns allen durch ein Polizeiaufgabengesetz, in dem die Polizei unglaubliche Befugnisse erhalten hat, Menschen auf Verdacht und ohne Gerichtsprozess wegsperren kann. Vom bayerischen Innenminister Hermann, CSU, damals zunächst begründet mit dem „islamistischen Terror“ und dann mit der Gefahr des Linksextremismus. Der Boden für jede Art von Rassismus wurde eifrig gedüngt. Allerlei faschistische Kräfte witterten Morgenluft.

Und nun sollen wir Herrn Seehofer glauben, dass er das „Nie wieder!“, die Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Mittelpunkt der deutschen Politik stellen will. Dass auch er lernfähig sei, wie er in der Sendung behauptet hat, darauf angesprochen, dass er und führende CSU-Politiker nun die AfD als geistige Brandstifter beschuldigen, die CSU vor kurzem aber selbst ähnliche Parolen verbreitet habe.

Um aus diesem Theater klug zu werden, muss man sich anhören, anhand welcher seltsamen Beispiels Seehofer die Gefährlichkeit der AfD aufzeigt. Sie habe im Bundestag eine Debatte über den Haushalt des Bundespräsidenten gefordert. „Das ist genau das Strickmuster, wenn man die Geschichte kennt, dass man Staatsorgane in Misskredit bringt ... um Systemkritik an unserem Lande festmachen zu können.“ So allgemein formuliert, fällt jede Kritik an Staatsorganen – Polizei, Verfassungsschutz, Regierung usw. – und jede Kritik an diesem System darunter. Und zum Schluss kündigt Seehofer als Konsequenz an: Noch mehr Befugnisse für Polizei und Verfassungsschutz, mehr Zugriff auf das Internet, weitere Gesetzesverschärfungen. ■gr

Das bayerische „Integrationsgesetz“ vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof

Ein breites Bündnis hat sich im Sommer/Herbst 2016 gegen das bayerische Ausgrenzungsgesetz, von der CSU irreführend „Integrationsgesetz“ genannt, gebildet. Die CSU hat das Gesetz trotzdem verabschiedet. Um nur zwei Punkte zu nennen: Das Gesetz möchte allen die bayerische/deutsche „Leitkultur“ verordnen und ist, was das Ausmaß der Befugnisse der Polizei gegen Asylbewerber betrifft, ein Vorläufer des bayerischen Polizeiaufgabengesetz (PAG).

Sowohl die SPD- als auch die Grünen-Landtagsfraktion haben im Mai 2017 beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eine sogenannte Meinungsverschiedenheit eingereicht. Es geht uns alle an, was da verhandelt wird! Dazu findet nun eine öffentliche Verhandlung statt am:

Dienstag | 29.10.2019 | 10.30 Uhr | Justizpalast | Sitzungssaal 270/II | Prielmayerstr. 7 | 80335 München